Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 550. Sonntag den 28. October 1900. 94. Jahrgang.

Aus der Woche.

Ein erklecklich Wort und das auch etwas gilt, läßt sich über den Stand der chinesischen Frage heute so wenig sagen wie an einem der vielen früheren Wochenabschlüsse, die seit dem Ausbruch der ostasiatischen Wirren dahingegangen sind. „Die Friedensverhandlungen haben begonnen," Graf Waldersee hat den Pekinger Kaiserpalast besichtigt; das kann der Feldmarschall, da er in der chinesischen Hauptstadt bleibt, noch öfter thun und die Friedensunterhandlungen, so steht zu befürchten, werden auch noch recht oft „beginnen". Vorläufig hat das deutsch-englische Abkommen den Gang der Dinge noch nicht gefördert und das Gebet des Kaisers, daß ihm die Erhaltung des Friedens, wenn nöthig, zu erzwingen vergönnt sein möge, soll, wie man versichert, nur allgemein und keineswegs in Bezug auf die Verwicklungen in China aufzufassen sein.

Inzwischen ist uns Chinesisches ins eigene Haus getragen worden, in so weit wenigstens Chinesisches, als einem Europäer das Verständniß für das Wesen der Leute im Reiche der Mitte noch nicht aufgegangen ist. Die 12 000-Mark-Affaire des Reichsamts des Innern oder des Herrn v. Woedtke ist für einen deutsch-politisch erzogenen Menschen so unfaßbar wie manche chinesische Eigenthümlichkeit. Die Angelegenheit hat sich ja viel freundlicher gestaltet, als sie zuerst aussah, und diejenige Berliner Zeitung, die wegen des Zwischenfalls das Abgehen des Grafen v. Posadowsky mit dem weißen Stab als etwas Unabänderliches hinstellte, die „Nationalztg.", befindet sich in sichtlicher Verlegenheit. Dies Blatt war wieder seine Gewohnheit etwas rasch. Aber sein Uebereifer erscheint sympathischer, als der in entgegengesetzter Richtung sich bewegende eines anderen nationalliberalen Organs, der „Nationallib. Corr." An dieser Stelle ist eine Betrachtung zu lesen, die, was charakteristisch ist, in nationalliberalen Blättern, für die genannte Correspondenz geschaffen worden ist, nur vereinzelt Aufnahme gefunden hat, deren Kenntniß vielmehr die weitere Oeffentlichkeit den dem Centralverband Deutscher Industrieller nahestehenden „Berl. N. N." verdankt. Die „Nationallib. Corr." schreibt:

„Vom Rechtsstandpunct geprüft, steht zunächst fest, daß es sich um eine Vorlage handelte, hinter der, wie im Reichstage bekannt gegeben worden ist, die gesammten verbündeten Regierungen standen und die im Reichstage die erste Lesung hinter sich hatte. Das entlastet die Situation wesentlich. Ferner steht fest, daß es sich lediglich um Zeitungsbeilagen parlamentarischen Materials handelt. Daraus zusammengestellte Beilagen für Zeitungen herstellen zu lassen, ist eine Preßbeeinflussung, die man, gleichviel wie man zu einer Vorlage steht, der Regierung unbedenklich einräumen muß. Auch ist an sich noch nicht zu mißbilligen, wenn die Regierung für eine solche Propaganda eines von allen verantwortlichen Stellen vertretenen Zweckes sich auch solcher Mittel bedient, die ihr in gleicher Richtung mit ihr arbeitende Einzelpersonen zur Verfügung stellen. Wir wiederholen, das ist bei der Flottenvorlage und bei den Septennatswahlen und noch bei manchen anderen Gelegenheiten geschehen, und oft genug hat es sich dabei sogar um Beeinflussung durch Artikel und sonstige Anlagen gehandelt, und nicht nur, wie im vorliegenden Fall nur um Beilagen mit parlamentarischem Material. Der Vorwurf der Verletzung der Amtspflichten läßt sich daher im vorliegenden Fall keinesfalls begründen, womit wir aber trotzdem zu keiner vollen Billigung dieses Schrittes gelangen können. Diese Nichtbilligung aber hat ihre Begründung in der Stellungnahme zur Arbeitswilligen-Vorlage überhaupt. Wir begreifen, daß nach der ungünstigen Aufnahme in der ersten Lesung im Reichstag in der Reichsregierung das Bedürfniß herrschte, für diese Vorlage den Sommer hindurch Stimmung zu machen für die zweite Lesung, die nach der Sommerpause stattfand. Es hätte dabei aber nicht entgehen dürfen, daß die Agitation, die eine, sagen wir leitende Gruppe des Centralverbandes dabei entfaltete, in ihrer Art sehr vielen Anstoß erregt hat. Auch in solchen Kreisen, die einzelne berechtigte Forderungen in der Vorlage gebilligt haben. Unter diesen Umständen hätten die verantwortlichen Stellen im Reichsamte des Innern von der Möglichkeit, Mittel des Centralverbandes für eine wenn auch an sich erlaubte Propaganda zu benutzen, keinen Gebrauch machen sollen. Das ist aber keine Staatsfrage, die für die Zusammensetzung der Staatsleitung beziehungsweise der Reichsregierung irgendwie bestimmt ist, wie sich daraus ergiebt, daß die maßgebendste Stelle im Reiche, die doch die nächste dazu ist, in dem berührten Vorgang keinen Anlaß zu einer Cabinetsfrage erblickt."

Wir glauben nichts zu wagen, wenn wir aufs Bestimmteste versichern, daß nationalliberale Kreise diesem Beschönigungsversuche vollkommen ferne stehen. Ist er officiös, so doch gewiß nicht parteioffiziös. Die nationalliberale Partei muß sich schon gegen den Vergleich der Septennatswahlen, eines für die Vertheidigungsfähigkeit des nach eines Bismarck Zeugniß schwer gefährdeten Vaterlandes geführten Kampfes mit der durch dunkle und dunkelste Gänge geführten Agitation für die „Zuchthausvorlage", entschieden verwahren. Könnten aber die Kampfobjecte verglichen werden, so hat doch im Septennatsstreite die Regierung bei Interessentengruppen, also etwa bei Waffenlieferanten, keine Gelder für die Propaganda des Gedankens der Heeresverstärkung Gelder erbeten. Dieselbe Nichtanalogie ließe sich durch eine einfache Frage für die Flottenbewegung feststellen; dieser Aufgabe werden sich aber mit gebührendem Nachdruck den Inspiratoren der Vergleiche gegenüber andere, gewichtigere Persönlichkeiten unterziehen. Die Behauptung, daß Herr von Woedtke keine Amtspflicht verletzt habe, würde wahrscheinlich auch von dem Vertheidiger in einem Disciplinarverfahren vorgebracht werden, und hier wohl mit Erfolg. Moralisch liegt zweifellos eine schwere Pflichtverletzung vor, wenn ein Beamter die staatliche Gesetzgebungsarbeit derart verdächtig macht, wie es durch die „Anregung" bei Herrn Buck geschehen ist. Man hat durch diesen Schritt — die „Germania" nennt ihn nur eine große politische Dummheit, wir glauben einen Act der Streberei vor uns zu haben — den Socialdemokraten und Demokraten die Handhabe gegeben, bei jedem Gesetzentwurfe, der diesen Richtungen nicht gefällt, die nicht mehr ungeheuerliche Aufforderung ergehen zu lassen: „Sucht den Interessenten". Und ein nationales Organ müßte, anstatt sich dem Herrn v. Woedtke gegenüber, billigend, wenn auch nicht „voll" billigend, auf die Flottenvorlage zu berufen, im geraden Gegentheil wegen künftiger Flotten-(und Heeres-)forderungen das Unterstützungsgesuch aus dem Reichsamt des Innern vorbehaltlos verurtheilen. Schon künftigt der „Vorwärts" an, daß man nun immer fragen werde: „Was kosten die auf Privatbestellung bearbeiteten Gesetze?" Und weder die Interessen der deutschen Waffentüchtigkeit noch die der deutschen politischen Sittlichkeit lassen es wünschenswerth erscheinen, daß bei Schiffs- und Gewehrforderungen die Reichsfeinde einen Anhalt haben, sich nach der Höhe der Provision zu erkundigen, die Krupp und Mauser für die Bundesrathsforderungen bewilligt haben. Gewiß, ausschlaggebend sind erfahrungsgemäß solche Treibereien nicht, das Reich hat im Großen und Ganzen noch alle seine Wehrbedürfnisse trotz niedrigster demokratischer Anfechtungen befriedigen können, aber leicht sind die Kämpfe, ist insbesondere der in dem obigen Citat gewissermaßen in den Staub gezogene Septennatskampf nicht gewesen, und wenn ein zu blindem Diensteifer sich verpflichtet fühlender Beamter solchen Kämpfen Steine in den Weg wirft, sollte doch ein nationales Organ nicht Miene machen, dies Thun als nahezu unbedenklich hinzustellen. Daß übrigens die Angelegenheit leider noch immer nicht voll geklärt ist, und daß dem Reichsamt des Innern von den Mußjournalisten der „Berl. Corresp." vielleicht noch eine sehr böse Suppe eingebrockt worden ist, können unsere Leser aus der ersten Notiz unter „Deutsches Reich" der vorliegenden Nummer unseres Blattes entnehmen.

Eine „Staatsfrage", das geben wir zu, ist die 12 000-Mark-Affaire nicht, und daß die maßgebende Stelle sie zum Anlaß eines Personenwechsels nahmen werde, hat wohl Niemand geglaubt. Graf Posadowsky hat ungerechtfertigte Angriffe, allerdings auch die Vertheidigungsexcesse, denen er, der von dem Vorfall wahrscheinlich auch erst jetzt erfahren hat, ausgesetzt war, nur den immer mehr das politische Gebiet beherrschenden handelspolitischen Meinungsverschiedenheiten zuzuschreiben. Mit diesem Maße wird auch der „innere" Graf Bülow ganz ausschließlich gemessen, wenigstens in Preußen. Man lobt seine Worte von Einheitlichkeit und Geschlossenheit als Regierungsnothwendigkeiten, aber die Einen verstehen darunter das Hinauswerfen des Freiherrn v. Thielmann vom Reichsschatzamt, der nicht für das Doppelspiel ist, und die Anderen die — Amovirung des Herrn v. Miquel, der, obwohl vielleicht ohne Grund, nun einmal der Handelsvertrags- und Canalgegnerschaft verdächtigt wird und bleibt. Die „Kreuzztg." stimmt den allgemeinen Regierungsgrundsätzen des neuen Doppelregierungschefs freudig zu, aber sie verlangt ein Programm. Erscheint ein solches und fällt es nicht vollkommen nach den Wünschen der conservativen Führer aus, so wird das Blatt nicht verfehlen, gegen den Grafen von Bülow, trotz Billigung der „Geschlossenheit", Ministercollegen auszuspielen.

Die freisinnige Volkspartei hat Unglück. Von ihrem, nur lose an sie angegliederten linken Flügel wird ihr nach dem letzten Parteitag noch mehr als sonst Verrath an der Sache der Demokratie vorgeworfen, und nun hat Herr Schmidt-Elberfeld den Kronenorden 2. Classe erhalten. Die Gesinnungstüchtigkeit fragt den Himmel, ob er keine Flinte habe.

Priester Prinz Max.

M. Jedes Jahr wird den Abiturienten der Gymnasien und der Realgymnasien nach einer Verordnung des Cultusministeriums bekannt gegeben, daß „den in Freiburg i. d. Schweiz betriebenen Universitätsstudien im deutschen Reiche im Allgemeinen die Anerkennung versagt und daß auch, soweit ein Dispensationsrecht in Frage kommt, von demselben zu Gunsten der Universität Freiburg i. d. Schweiz kein Gebrauch gemacht werden wird." Die „katholische" Universität in Freiburg wird von Dominikanern ganz im mittelalterlichem Geiste geleitet; sie vertritt nach der Anweisung des Papstes die Philosophie des Thomas von Aquino und weiß nichts von echter, freier Wissenschaft. Sie pflegt antideutsche Gesinnung und bringt dadurch den Beweis für ihr völlig ultramontanes Gepräge. Darum ging eine große Anzahl deutscher Professoren nach kurzer Wirksamkeit von ihr wieder fort und kehrte nach Deutschland zurück; das ehrt sie. Selbst ein katholisch gesinnter Gelehrter, wenn er nur einen Ton des Forscherstinnes in sich hat, kann sich nicht mit der Arbeit für eine überwundene Theologie und Philosophie befreunden, die vom Papste commandirt wird und mit Unrecht in den wissenschaftlichen Mantel sich kleidet; er kann ebensowenig, wenn nur ein Tropfen warmen germanischen Blutes in ihm rinnt, Lehrer an einer Anstalt bleiben, die den Haß gegen das deutsche Volk und den deutschen Geist nährt.

An dieser Universität, deren Besuch in Deutschland nicht als wissenschaftliches Studium anerkannt wird, bestieg der Priester Prinz Max einen Lehrstuhl. Diese Thatsache erschüttert den letzten Rest von Vertrauen zu seinem wissenschaftlichen Streben und seinem Vaterlande. Einen Mangel an tactvollem, nationalem Verhalten fand man schon damals, als er in einer für die Revanche erbauten Pariser Kirche Messe gelesen hatte. Die Vorwürfe, die darüber gegen ihn mit vollem Recht erhoben wurden, werden aufs Neue durch seinen Gang nach Freiburg gerechtfertigt. Unser König ist eine der festesten Stützen unseres Reiches und seine Treue gegen das große gemeinsame Vaterland ein leuchtendes Vorbild für seine Sachsen. Priester Max, ein Glied seines Hauses, bringt es über sich, an eine Anstalt sich schicken zu lassen, welche um ihres antideutschen Charakters willen von deutschen Professoren aufgegeben wird. Es ist ein schlagender Beweis dafür, wie sehr der Ultramontanismus seine Leute fanatisirt, daß sie jede, auch jede Rücksicht auf Familie, Volk und Staat aus dem Auge verlieren, wenn sie meinen, römischen Ansprüchen dienen zu können. Diese verzehren in ihren Anhängern jede feinere Empfindung für das, was sich gegen Andersgläubige schickt. Priester Prinz Max begann seine Laufbahn auf der Kanzel der katholischen Hofkirche in Dresden mit einer Predigt, in der er die evangelischen Sachsen aufforderte, römisch-katholisch zu werden. Der junge Prinz beachtete dabei nicht, wie leicht sein Vorgehen dunkle Schatten auf das Verhältniß zwischen Volk und Herrscherhaus werfen, wie leicht es die Zuversicht lockern konnte, daß der katholische Hof peinlich Alles vermeide, was das protestantische Gefühl des Sachsenvolkes zu verletzen vermöchte. Aber viel härter als jene, ohnehin schwache Erstlingspredigt muß die Rede beurtheilt werden, die er vor seinem Auszug nach Freiburg jüngst in Plauen gehalten hat. Dort hat er zu italienischen Arbeitern Folgendes gesprochen. Nachdem er sie ermahnt hat, ihrem fernen Vaterland Ehre zu machen, fährt er fort: „Ihr seid freilich in einem Lande voller Secten; Ihr könnt aber leicht erkennen, daß diese die christliche Wahrheit nicht haben, da die katholische Kirche schon längst bestand, als diese Secten auftauchten." Danach fordert er seine Zuhörer auf, den Verkehr mit den infidoli — den Ungläubigen — zu meiden, da daraus Gefahren für ihren sittlichen Lebenswandel erwachsen könnten.

Man traut seinen Augen kaum, wenn man solche Aeußerungen liest. Man bedauert den jungen Priester, der sich so eng in das ultramontane Gedankennetz einspinnen ließ, daß er sich nicht scheute, Fremde vor seinem eigenen Volke zu warnen. Er ermuntert die Italiener, sich so zu verhalten, wie es ihrem Vaterlande zur Ehre gereiche, und in demselben Athemzug wirft er Schmutz auf sein Volk. Sachsen, ein Land voller Secten, die die christliche Wahrheit nicht besitzen! Ach, wenn doch der junge Kaplan, anstatt in italienischen Ansprachen sich zu üben, lieber die sächsische Geschichte etwas genauer studirte! Dann würde ihm — vielleicht — eine Ahnung davon aufgehen, daß das Volk, das so fest an seinem Glauben gehalten, das aus seiner Mitte eine Menge hervorragender protestantischer Männer und Christen erzeugte, nicht so ganz von der Erkenntniß der christlichen Wahrheit entfernt sein kann, wie er sich einbildet. Dann müßte er sich fragen, ob dies Volk so beharrliche Treue gegen sein Herrscherhaus in allen Stürmen, in aller Noth hätte bewahren können, wenn es nicht einen tiefen religiösen und sittlichen Fonds besäße. Dann dürfte ihm auch die Erwägung nahe treten, warum dies „Secten-land" unter der Herrschaft des Protestantismus auf allen Gebieten gewaltigen Aufschwung nahm, während die völlig unter dem Einflusse des Papismus stehenden Staaten rettungslos niedergehen. — Die Italiener, zu denen er redete, suchen ihr Brod in Sachsen, weil ihnen ihr eigenes, zum großen Theile in Unglauben und Aberglauben versunkenes und dadurch mit verarmtes Land das tägliche Brod nicht bietet. Anstatt diese Arbeiter zum Danke gegen die Protestanten zu ermuntern, deren reger Fleiß ihnen Unterhalt verschafft, warnt er sie vor der Berührung mit den ungläubigen Sectieren, ohne sich zu überlegen, daß diese Warnung die Italiener nicht blos zu Mißtrauen, sondern auch zu Ungezogenheiten gegen ihre Arbeitgeber veranlassen könnte. Seit Langem hat unsere sächsische Bevölkerung nichts so erregt, als dies Auftreten des Priesters Prinz Max. Kaum hat die hochherzige Verordnung des Königs über die Nichtbetheiligung evangelischer Pagen und Soldaten bei katholischen Processionen die Aufregung gestillt, die durch die „Kniebeugungsfrage" unser Volk ergriffen hatte, so bringt dieser junge Kaplan eine neue, weit tiefere Erbitterung wider ultramontane Ungehörigkeiten und römischen Uebermuth hervor. Er fördert, wie kein Anderer, das Verständniß für die Nothwendigkeit des evangelischen Bundes gerade in Sachsen.

Freilich, man wird wohl auf seine fernere Thätigkeit für den Bund verzichten müssen; wir nehmen an, daß ihm von nun an die Grenzen Sachsens sich verschließen. Der katholische Pfarrer Müller in Chemnitz behauptet, Priester Max habe seine Vorträge mit Erlaubniß des Cultusministers gehalten. Dieser konnte nicht voraussehen, daß solche Erlaubniß zur Beschimpfung des sächsischen Volkes mißbraucht werden würde. Aber die jüngsten Vorgänge haben dem Cultusministerium gezeigt, wessen es sich von dem Priester Prinz Max zu versehen hat. Durch eine weise Regierung hat König Albert das volle Vertrauen und die begeisterte Liebe seines Volkes gefunden. Durch nichts können diese erschüttert werden; aber die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus wird nicht gefördert, wenn der Priester Prinz Max auch ferner in Sachsen amtiren darf. Zum Schutze der Sachsentreue muß man vom Cultusministerium verlangen, daß es dem rücksichtslosen Vertreter des Romanismus die weitere Wirksamkeit auf sächsischem Boden versage.

Die Wirren in China.

Die Annection der Mandschurei.

Man schreibt uns aus Odessa unter dem 15. October 1900:

Wir haben gesehen, daß die russische Regierung officiell erklärt, alle Gerüchte und Mittheilungen über eine stattgefundene oder zu vollziehende Annexion der Mandschurei seien vollständig aus der Luft gegriffen und entbehrten für heute, wie für kommende Zeiten jeglicher Begründung. Dieses Dementi hat hier jedenfalls sehr viel mehr Ueberraschung hervorgerufen, als im Auslande, und thatsächlich hat man für dasselbe schließlich doch nichts, als ein verständnißvolles Lächeln. Seit Monaten schon ist Jedermann hier vollständig davon überzeugt, daß die Mandschurei russisch werden müsse, und sicherlich bald sein werde, ob das nun in Form einer officiellen Besitzergreifung, oder, wie es jetzt heißt, „eines zeitweiligen administrativen Protectorats" geschieht, ist nach russischer Auffassung, die wohl auch an sehr vielen Stellen im Auslande getheilt werden wird, vollständig irrelevant. — Politische und militärische Kreise haben hier stets die russischen Operationen in China in zwei vollständig unabhängige Actionen getheilt, die eine diejenige, die im Verein mit den Alliirten zur Befreiung der Gesandtschaften ausgeführt wurde, die andere, welche die Eroberung der Mandschurei, oder die militärische Bewachung des Eisenbahnbaues dort, oder die Sicherung des linken Amurufers gegen chinesische Einfälle, oder wie immer man die Sache bezeichnen will, zum Zweck hatte. Das war, wie ich ausdrücklich hervorhebe, die allgemeine öffentliche Meinung, und ich kann aus eigener Erfahrung hinzufügen, daß dieselbe von jedem der nach China gehenden Officiere und Beamten, mit denen ich Gelegenheit hatte, zu sprechen, getheilt wurde.

Jetzt wird die öffentliche Meinung durch einen Federstrich dahin corrigirt, daß die ungefähr 150 000 Mann, die nach bescheidener Schätzung in die Mandschurei geworfen werden, nur den Eisenbahnbau überwachen sollen, daß von einer Annexion keine Rede sein kann, und daß die officielle und formelle Besitzergreifung des rechten Amurufers, von der hierher in einer Weise berichtet wurde, die jeden Zweifel ausschloß, gar nicht stattgefunden hat. Das ist erfreuliche Zeitung, wenigstens für die Kreise, die glauben, daß eine russische Gebietserweiterung auf Kosten Chinas nach all' den feierlichen gegenseitigen Versicherungen, welche die Regierung des Zaren in Uebereinstimmung mit denen der anderen Großmächte abgegeben hat, schwere Complicationen zur Folge haben könne; für die panslavistischen Kreise Rußlands aber würde diese Nachricht eine herbe Enttäuschung bedeuten, wenn man sie nicht für eine diplomatische Nothlüge hielte, die man schließlich nicht einmal für eine directe Unwahrheit, für eine expressio falsi, sondern für eine der schon vor Talleyrand hoffähig gewesenen Suppressiones veri hält. Und deshalb versagen die Kreise, die Rußlands stetiges und unaufhaltsames Vordringen bis an den indischen und den pacifischen Ocean mit solcher Inbrunst beschleunigt zu sehen wünschen, nicht einen Augenblick daran, daß die traditionelle Politik des weisen Zaren doch noch zur rechten Zeit die russische Standarte überall dahin tragen wird, wo sie nach panslavistischen Ideen schon längst sein sollte. Die Anwesenheit der chinesischen Würdenträger in Livadia, die moralische Eroberung Thibets, und uncontrolirbare Gerüchte über bereits mit China und Japan getroffene, oder zum Unterzeichnen fertige Separatabkommen, tragen dazu bei, diese Hoffnungen zu stärken und zu erneuern.

In Rußland steht, mehr als anderswo, das, was die Regierung anzuordnen für gut befindet, häufig in vollem Widerspruche mit dem, was die öffentliche Meinung erwartete und erhoffte, deshalb ist es darnach, aus dem Eindrucke, den man von dem Stande der öffentlichen Meinung in Rußland erhalten hat, auf Schritte oder Absichten der Regierung zu schließen, und befördert in diesem Falle wäre es vielleicht ungerecht, aus dem Umstande, daß man in Rußland den Annexionsdementis nur einen passageren Werth beilegt, nun zu schließen, daß dasselbe wirklich lediglich ein Beschwichtigungsmittel sei, und im Uebrigen die Situation in der Mandschurei kaum äußerlich, und auch nur für heute, ändere. Andererseits ist nicht recht verständlich, weshalb die russische Regierung, die doch, wie man meinen sollte, einigen Einfluß auf die Presse hat, es ruhig geschehen ließ, daß weite Schichten der russischen Volkes, und gerade die besten, zu freudiger Begrüßung einer russischen Mandschurei systematisch beeinflußt wurden; wenn sie von vornherein keinerlei Absichten auf chinesisches Gebiet, durch die andere Mächte beunruhigt werden mußten, gehabt hätte.

Indessen, dem sei nun, wie ihm wolle, heute wird mit einem Federstriche die Situation geändert, und was gestern rosig war, ist heute grau in grau. Mancherlei Commentare werden über diesen Wechsel laut, unter denen am beharrlichsten das Gerücht ist, Deutschland und England seien bereit, die officielle Annexion der Mandschurei mit einer sofortigen Besetzung Schanhaikuans resp. des Yang-tse-Thales „zum Schutze von Eisenbahnbauten" zu beantworten. Ob ein solcher Wink ergangen ist, wird sich in absehbarer Zeit wohl kaum publik beweisen lassen, auffällig erscheint nur, daß Japan und die Vereinigten Staaten bei dieser Combination kaum erwähnt werden, und von Frankreich nur beiläufig angenommen wird, daß es sich im Yunnan häuslich niederlassen werde. Nun ist man sich in Rußland ziemlich klar darüber, daß alle Expansionsgelüste an den deutschen, und damit auch den englischen, solchermaßen festgelegten, Grenzlinien ein für alle Mal aufhören müssen zu existiren, und man zweifelt auch nicht, daß eine ausgedehnte deutsche Verwaltung schließlich auch für den Chinesen vortheilhafter von einer russischen abstechen würde. Das wäre natürlich gleichbedeutend mit einer starren Gefährdung des russischen Prestige, das heute unzweifelhaft der chinesischen Regierung groß genug erscheint, um sie ein Anlehnen an Rußland wünschenswerth finden zu lassen. Das Schicksal der traditionellen Politik Rußlands in Bezug auf China hängt aber von der Erhaltung seines Prestige ab, und um sich dieses zu erhalten, und sich die Zukunft zu sichern, bringt die russische Regierung jetzt das große Opfer, einen Pflock zurückzustecken, weil es durch das leichtere Opfer der Preisgebung seiner Friedenspolitik denjenigen anderen Mächten gegenüber, die dann in Betracht kämen, heute strategisch und materiell nicht so vorbereitet ist, um bei dem zweiten Opfer auf einen sicheren Erfolg rechnen zu können, wie bei dem ersteren.

Das sind so die Ansichten, denen man hier in politischen und militärischen Kreisen begegnet. Sie mögen neben vielerlei akademischer Combination doch Wahres enthalten, und sind jedenfalls symptomatisch für die Anschauungen weitester Kreise der intelligenten und besitzenden Classen Südrußlands. In die officiellen Kreise aber, insbesondere die, welche jetzt den Zaren in Livadia umgeben, haben die widersprechendsten Tendenzen der letzten Woche eine Nervosität gebracht, die eine endliche Lösung des Allianz-Imbroglio zu einer klaren einheitlichen Action mehr als je dringend nothwendig macht.

Die chinesischen Seezölle.

In letzter Zeit ist oft der Name des Sir Robert Hart, des General-Directors der chinesischen Seezölle, genannt worden. Er war es auch, durch dessen Vermittelung die ersten Nachrichten über das Schicksal der in Peking eingeschlossenen Gesandtschaften an die Küste gelangten, und neuerdings spielt er eine wichtige Rolle bei der Regelung der Verhältnisse in China.

Um die Geschichte und die Bedeutung seiner Stellung zu verstehen, muß man in die Zeit der Taiping-Revolution zurückgehen. In den fünf in Folge des Friedens von Nanking (1842) geöffneten Vertragshäfen wurden die Zölle vom chinesischen Beamten erhoben. Die Taipings bemächtigten sich im Jahre 1853 des Hafens von Shanghai und vertrieben die Beamten.

Um nun der gesetzlichen Regierung keinen Vorwand zum Vorgehen gegen sie zu geben, beschlossen die in dieser Stadt ansässigen Kaufleute, unter sich eine internationale Commission zur Erhebung der Zollabgaben zu bilden. Als nun die Regierung nach Beendigung des Aufstandes wieder in den Besitz der Gewalt gelangte, lieferten die Kaufleute die inzwischen gesammelten